

**Rede von Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly beim  
Lorenzer Kommentargottesdienst am 17. Juni 2012 zum Thema  
„Keine Angst vorm Minarett – Moscheebau in Gibitzenhof“**

*– Es gilt das gesprochene Wort –*

Anrede,

eigentlich wäre alles ganz einfach:

Ich könnte erstens aufs Baurecht verweisen. Wenn etwas baurechtlich zulässig ist, Art und Maß der baulichen Nutzung (also zum Beispiel auch die Höhe des Minaretts) passen, dann ist es zu genehmigen.

Weder Stadtrat noch Volksabstimmung können das ändern.

Ich könnte zweitens auf das Grundgesetz verweisen, wo die Religionsfreiheit normiert ist, die wiederum in Verbindung mit der Versammlungsfreiheit ein individuelles Recht schützt und natürlich auch das Recht aller Menschen einer Glaubensgemeinschaft, sich zusammenzuschließen und nach den Gepflogenheiten des Glaubens gemeinsam zu zelebrieren.

Ich muss dann möglicherweise nochmals betonen, dass das deutsche Recht den Menschen nicht etwa Rechte gewährt und regelt, was erlaubt ist. Nein, die Menschen besitzen diese Rechte (sie „tragen sie in sich“) und das Grundgesetz schützt sie und die übrigen Gesetze regeln – Gott sei Dank – nicht, was erlaubt ist, sondern nur, was verboten ist.

Das könnte es dann schon sein, ist es aber nicht, weil wir hier weder ein baurechtliches noch ein grundgesetzliches Problem behandeln, sondern vielmehr ein gesellschaftspolitisches: fremd, religiös, ethnisch.

Jede moderne Gesellschaft muss Einigkeit darüber herstellen, wie verschieden sie sein will.

Und jede Gesellschaft verändert sich in ihren Normen und Werten – Tag für Tag, auch in ihrer Akzeptanz von Vielfalt: Was im wilhelminischen Kaiserreich anerkannt mehrheitlich (und oft auch rechtlich) verboten war, gehört heute zum guten Ton.

Und jede einzelne dieser Veränderungen war begleitet von erbittertem Streit, leidenschaftlichen Diskussionen und Untergangsprophezeiungen für das Abendland. Denken Sie an Oswald Koller, Joschka Fischer in Turnschuhen, homosexuelle Ministerpräsidenten. Auch das war alles einmal von breiter gesellschaftlicher Mehrheit geächtet, als Verlust traditioneller Werte gebrandmarkt und teils (§ 175 StGB) strafrechtlich verfolgt.

Alles wird heute von vielen toleriert, ist für viele selbstverständlich und gefällt manchem immer noch nicht – was auch o.k. ist.

Immer dort, wo solche Themen der Entwicklung von gesellschaftlicher Vielfalt den Themenkreis der Einwanderungsgesellschaft betreffen, wird es besonders arg, weil das Ganze dann eine ethnische und religiöse Dimension bekommt.

Und wir müssen sorgfältig mit der Sprache umgehen!

„Die Muslime gehören zu Deutschland“, sagt Innenminister Friedrich.

„Der Islam ist ein Bestandteil Bayerns“, sagt Finanzminister Söder.

„Der Islam gehört zu Deutschland“, sagte Christian Wulff.

Die Aussage von Friedrich ist banale empirische Realität – fünf Prozent der Menschen in Deutschland sind Muslime.

Söder geht – behutsam formulierend – schon einen Schritt weiter. Das kann Tatsachenbeschreibung sein, hat aber programmatische Dimension.

Die Aussage von Wulff mit der Formulierung „gehört zu“ war als politische Aussage in einer sich veränderten Welt gemeint.

Denn es bedeutet, dass der Islam in den im Rahmen unserer gesellschaftlichen Pluralität gegebenen Bestand an Verschiedenheit hineingehört, dazugehört.

Das meint mehr als nur: das muss von unserer Toleranz erfasst sein. Toleranz ist eher der falsche Begriff, weil Toleranz die von einer Mehrheit definierte zulässige Abweichung von einer Norm definiert. Für die grundrechtlich geschützten Freiheitsrechte der Menschen kann es aber gar keine gesellschaftlich definierte Norm geben, die diese einschränkt.

Bundeskanzlerin Merkel hat es – völlig unbemerkt von der aufregungswilligen Mehrheit – am 16. Mai 2012 so gesagt: „Die Muslime gehören heute zu unserer Lebenswelt dazu (...). Deshalb gehört der Islam eben heute dazu“. Zwar sei – so die Kanzlerin – die christlich-jüdische Tradition in den vergangenen Jahrhunderten viel stärker gewesen. Trotzdem sei es falsch zu sagen, der Islam gehöre nicht zu Deutschland.

Sie hat Recht. Übrigens auch mit der Tradition. Nur taugt der Verweis auf die Tradition halt ganz und gar nicht für die Bewertung gesellschaftlicher Veränderungsprozesse heute.

In der Großstadt hört man die „Störgeräusche der sozialen Realität“, hat mal ein kluger Mensch gesagt.

Und es wäre falsch anzunehmen, dass man diese Diskussionen über das Verhängen von Harmonie löst.

Wenn Cevapcici und Nürnberger Bratwurst unverbindlich tolerant nebeneinander auf dem Grill liegen, ist noch gar nix erreicht. Rosige Multikulti-Visionen helfen nichts, donnernde Leitkulturdebatten auch nicht.

Mark Terkessidis, der ein viel diskutiertes Plädoyer für mehr Rationalität in der Integrationsdebatte publiziert hat, hat wie folgt formuliert:

„Denn in Deutschland verbergen sich hinter diesem Wort allerlei unausgesprochene Vorstellungen darüber, was ‚Deutschsein‘ bedeutet, wie Leute sich bei ‚uns‘ benehmen müssen und was sie nicht tun sollten, wer die richtigen Voraussetzungen hat und wer Defizite, für wen die Institutionen gemacht sind und wer da eigentlich nur zu Gast ist. Nun sind die verbreiteten Ideen vom Deutschsein jedoch so altbacken, dass selbst die Einheimischen ihre Lebensweisen darin nicht mehr unterbringen können. Immer noch bringt man deutsch in Verbindung mit Organisationstalent, Ordnung, Fleiß, Zuverlässigkeit und romantischer Tiefe. Ein Streifzug durch die Hauptstadt, ein Termin mit einem Handwerker oder eine Fahrt mit der deutschen Bahn machen schnell klar, wie wenig diese Attribute heute noch mit dem wirklichen Leben zu tun haben. Seit 1989 wird fieberhaft nach neuen Ideen von Deutschsein geforscht, doch die Ergebnisse sind wenig beeindruckend. Diese Suche hat dabei etwas überaus Provinzielles. Viel fruchtbarer wäre es, die Vielheit auf den Straßen zum Ausgangspunkt zu nehmen für eine andere Idee der deutschen Bevölkerung. Das setzt aber den Willen zum Voranschreiten, zur Öffnung und zum Neuerfinden voraus.“

Und dieser Prozess, so schreibt er weiter, hat nichts mit Harmonie zu tun, eher mit Dissonanz und Brechung, mit Unreinheit und Improvisation. Wir stehen vor der Aufgabe einer interkulturellen Alphabetisierung. Und dabei lernen wir alle eine neue Sprache. Soweit Terkessidis.

Mit der Erkenntnis, dass die Ausländer (die „Fremden“) nicht mehr heimgehen würden, sondern einfach hierbleiben, setzte die Angst vor Kontrollverlust ein, kamen Leitkulturdebatten auf.

Wir sollten diesen „Störgeräuschen der gesellschaftlichen Realität“ mit der Gelassenheit unseres Grundgesetzes und der Stärke unserer demokratischen Gesellschaft begegnen. Elf Moscheen in Nürnberg werfen unsere Stadt nicht aus ihrer Bahn.

Und wenn eine davon ein Minarett, das ja eigentlich nur eine Minarettattrappe ist, besitzt, geht die Welt auch nicht unter.

Müssen wir es mögen? Nicht unbedingt.

Müssen wir für die Freiheit eintreten, es zu realisieren? Unbedingt!

Weil dieses wunderbare Grundgesetz auch die Religionsfreiheit derer schützt, die nicht zur Mehrheitsreligion gehören, und weil zum individuellen Grundrecht auf Religionsfreiheit natürlich auch das Recht gehört, sie mit Gleichgesinnten in Gotteshäusern zu feiern.

Und wenn das heute weh tut, weil es neu ist, dann habe ich keinen Zweifel, werden wir auch diesmal vielleicht nicht schnell, vielleicht nicht leicht den gesellschaftlichen Kanon darüber, wie verschieden wir sein sollen (oder müssen) weiterentwickeln.